

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zensurpreis bei Einschaltung von der Druckerei monatlich 20 Pfg., vierteljährlich 50 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Verleger monatlich 50 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. eine Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausleger und Gehilfen nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Betriebe der Druckerei, der Verleger oder der Zensurbehörden — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Zensurpreises. Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in bestimmtem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu schreiben, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle, falls besondere Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Verleger-Verwaltung: Berlin S.W. 66.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das königliche

königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 26614.

Nr. 181.

Sonnabend den 8. Dezember 1917.

76. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich heute auf der 4. Seite.

15000 Italiener bei den Kämpfen in den „Sieben Gemeinden“ gefangen.

Wilson, der Eisenfresser.

Ein verrannter Professor, wie er im Buche steht. Während alle Welt sich nach Frieden sehnt, und im Osten die ersten verheißungsvollen Anzeichen der nahenden Kriegsbeendigung auftauchen, hält das Oberhaupt der nordamerikanischen Nation es für angebracht, gerade jetzt vom Kongress die Ausdehnung des Kriegszustandes auf Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu verlangen. Während selbst ein Lord Landsdowne, der Einziehungsgeliebte des seligen Eduard, anfängt nachdenklich zu werden und einen vorläufigen Friedensfühler ausgestreckt hat, holt Herr Wilson wieder die große Rauhe hervor und verurteilt abermals ein obenbelebendes Gelächre über das verrante Deutschland, ganz in der erst amerikanischen Dornummantel, die unser Dindenburg erst kürzlich wieder mit so köstlichen Worten gefemmelnet hat. Der Präsident ist offenbar von der berechtigten Sorge geplagt, daß man in Europa unter dem tiefen Eindruck der Vorgänge in Rußland und in Italien aufhören könnte, von seiner Mitwirkung im Weltkriege noch irgendwelche Wunderdinge zu erwarten, daß Furcht auf der einen und Hoffnung auf der andern Seite schwinden könnten angesichts der Tatsache, daß die Liquidierung des sinnlos gewordenen Krieges endlich einen rascheren Gang zu nehmen beginnt. Deshalb stellt er sich wieder hin auf den offenen Markt und bietet sich an zur Versteigerung der Welt und preist die Herrlichkeiten, die er zu vergeben habe — für denjenigen, der sich seiner Führung demütig unterwerfen wolle. Aber wer weiß, ob die Selten noch einmal wiederkehren, da alles, was aus Washington kam, von den Ententendikern wie die Offenbarung Gottes hingenommen wurde. Vorläufig sieht es nicht danach aus. Also was will Herr Wilson? Den Krieg gewinnen natürlich, vorerst und vor allem. Das kann man ihm nachfühlen, nachdem er sich mit Kopf und Kragen vor seinen Landknechten dafür eingelassen hat, daß die Welt endlich und endgültig vom Krieg befreit werden wird. Aber — so fragt er weiter mit erhobenem Zeigefinger: wann sollen wir den Krieg als gewonnen betrachten? Etwa wenn die da drüben in Europa Frieden geschlossen haben, weil sie genug haben des grauenhaften Spiels oder weil sie die Irntümer, in denen sie befangen waren, eingesehen haben oder weil das, was ihnen als Kriegsziel vorgeschwebt hatte, doch als unerreicht erkannt wurde. Bewahre, sagt Wilson, durchaus nicht. Ich höre zwar auch hierzulande einige Stimmen wahren, die auf Lehren dieser Art hinauskommen scheinen — aber wann wird ein wahrer Amerikaner sich durch Schreier, durch Gedankenlose und Unruhstifter betteln lassen. Wir sind die Sprecher des amerikanischen Volkes, und dieses wünscht den Frieden nur durch Überwindung des Abels, nicht durch irgendeine Art von Vergleich, den es vielmehr mit tiefer Entrüstung zurückweist. Der Friede muß durch die Waffen erobert werden — anders will es dieser ausgezeichnete Friedenspräsident nicht mehr machen. Deshalb sagt er zweierlei — aber nun wollen wir lieber wörtlich zitiieren, damit die ganze prachtvolle Schönheit dieses Seelenorgans auf den Leser mit unverminderter Stärke einwirken kann:

Erstens, daß die unerträgliche Erscheinung, deren höchstes Gesicht die Herren Deutschlands uns zeigen, diese Bedrohung durch Intrige, verbunden mit Stärke, als welche wir die deutsche Macht jetzt so deutlich sehen, ohne Gewissen, Ehre oder Ehre für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden, zu Boden geschlagen und, wenn nicht völlig aus der Welt geschafft, so doch von dem freundlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß; zweitens, daß wenn diese Erscheinung und ihre Macht wirklich beendet ist und die Zeit kommt, wo wir über den Frieden verhandeln können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir trauen können, und wenn diese Sprecher bereit sein werden, namens ihres Volkes ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig Grundlage für Geheiß und Verträge über das Leben der Welt sein soll, daß wir dann willig und froh sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und dies ohne Zinsen. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird: es wird die volle, unparteiliche Gerechtigkeit sein, Gerechtigkeit in jeder Beziehung und für jedes Volk. Dieses schließliche Abrechnen müssen unsere Feinde ebenso gut wie unsere Freunde abschließen.

Nun wissen wir's also, und nichts ist davon abzuhandeln: die Herren Deutschlands gefallen dem Despoten in Washington nicht, deshalb müssen sie fort von ihrem Platz, der Kaiser und sein Haus und die Generale, die alleamt ein Argernis darstellen in den Augen eines Mannes, der die Welt nach seinem Ebenbild formen und umgestalten will. Auch andere Sprecher müssen wir uns zulegen, also Kanzler und Minister, Abgeordnete und Parteiführer, wenn wir vor Wilsons Augen Gnade finden wollen, daß aber erst, nachdem die deutsche Macht

zu Boden geschlagen ist; denn vorher, das sieht der Herr Professor wohl ein, werden wir für eine solche Radikalur doch nicht windelweich zu bekommen sein. Also alles müssen wir von uns werfen, was uns groß gemacht hat und was der Ausdruck deutscher Kraft und deutschen Wesens ist, um dann der Wohltat gewürdigt zu werden, ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was uns frommt und wie wir demnächst unsere weitere Zukunft einzurichten haben. Selbstbestimmungsrecht der Völker! Aber die soll selbstverständlich nur für die andern gelten, uns will Herr Wilson erst einmal den Fuß auf den Nacken setzen; dann wird sich, so meint er, schon alles finden.

Ausgerechnet Herr Wilson! Ein Gegenstand des Gedächtnisses ist er für uns, weiter nichts, dieser verrannte Professor, der sich einbildet, eine Macht wie die deutsche mit seinem bloßen Theaterdommer ins Maulloch jagen zu können. Wir wissen schon ganz gut, daß es ihm lediglich darum zu tun ist, seinen schwer bedrängten Bundesgenossen in ihrer Not beizuhelfen, und da seine Willkürarmee noch sehr weit im Felde ist, muß er sich einseitig auf große Worte beschränken, gegen die allerdings selbst unsere U-Boote nichts auszurichten vermögen. Er hat den Friedensfunkt, den der Papst entzündet wollte, sofort mit rohem Zugriff ausgebreitet, er möchte am liebsten auch die jetzt in Gang gekommenen Friedensverhandlungen mit brutalen Worten niederschlagen. Lassen wir ihn schreien oder lächeln, diesen armseligen Bismarckdirektor; je ohnmächtiger er sich gebärdet, desto besser muß es mit unserer Sache bestellt sein. Er fürchtet offenbar nichts so sehr als daß wir im Osten freie Hand bekommen könnten. Um so klarer wird das Ziel, das wir zunächst zu erreichen haben.

Aus dem Wortlaut der Wilson-Note.

Berlin, 6. Dezember.

Wie immer, so gibt auch diesmal die Agentur Reuters die Wilson-Note teilsweise von sich. Den einen Teil verbreitete sie in der Nacht zu heute, den Rest erhielt man heute vormittag vorgelesen. Aus diesem Teile seien hier einige charakteristische Sätze wiedergegeben:

Es ist unmöglich, irgendeinen Maßstab der Gerechtigkeit anzuwenden, solange solche Kräfte nicht mattgelegt oder vernichtet sind, wie die, über welche die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands verfügen. Nicht eher, als bis das vollbracht ist, kann das Recht als Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Völkern eingesetzt werden. Lassen Sie hier kein Mißverständnis obwalten; unsere augenblickliche Aufgabe ist die, den Krieg zu gewinnen. Nichts wird uns davon je abbringen, bis sie erfüllt ist. Alle Macht, alle Hilfsmittel, die wir besitzen, an Menschen, Geld und Rohstoffen, sind ihr gewidmet und werden ihr weiterhin gewidmet sein, bis unser Zweck erfüllt ist. Denjenigen, welche den Frieden zustande zu bringen wünschen, ehe dieser Zweck erfüllt ist, empfehle ich, ihren Rat anderswo anzubringen. Wir wollen nichts davon wissen. Der Friede, den wir schließen, muß das Unrecht abschaffen; er muß die einstmaligen schönen Landschaften und glücklichen Völker Belgiens und Nordfrankreichs von der fremden Eroberung und Bedrohung befreien, aber auch die der Österreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei, nicht in Europa wie in Asien, von der unverkündeten Fremdherrschaft der militärischen und Handelsautokratie befreien. Jedoch sind wir es uns selbst schuldig, zu sagen, daß wir keineswegs wünscheln, Österreich-Ungarn zu schwächen oder zu stürzen, die Deutsche verhältnismäßig. Es geht uns nichts an, was es mit seinem eigenen Leben industriell oder politisch anfangen will.

Dieser Weltbefreier Wilson ist also mit der angefügten Verteilung Belgiens und Nordfrankreichs noch nicht zufrieden, nebenbei will er noch Österreich-Ungarn, den Balkan, die Türkei und Kleinasien „erlösen“, mit welchem Worte die deutlichen Italiener ihre Eier zu bergen sich bestreben. Wilson steht auf seinem anderen Standpunkt, auch hinter seinen tönenden Worten steht nichts als die ungläubliche Überhebung, die ganze Welt dem Dollarhunger des Yankeeismus auszuliefern. Er wird ebenso mit seinen Vätern scheitern, wie die zurzeit heulenden und säkneklappernden „Erdlöser“ in Italien.

Der Krieg.

(Aus dem österreichisch-ungarischen Heeresbericht) Wien, 6. Dezember.

Der Feind hat auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden eine schwere Niederlage erlitten.

Am 4. früh brachen nach mächtiger Artillerievorbereitung, an der auch deutsche Batterien mitwirkten, die Truppen des Generalfeldmarschalls Conrad zum Angriff gegen die Gebirgsstellungen des Meletta-Gebietes vor. In gewaltiger Überhöhung angelegte, reich ausgerüstete Abwehrstellungen hielten die mit aller Fähigkeit geführte Verteidigung; hoher Schnee und strenge Kälte erschwereten das Vorwärtkommen.

Interessant ist die 6-geschossige Sturzwaffe oder deren Name, Leichter 15 Pfg., schwerer 45 Pfg., alle mit 50% Zersetzungsgrad. Ziel und Schussweite 500 bis 600 Pfd. / Bei Zerschlagung und Zerschlagung entsprechender Nachsch. / Zielanweisungen im unmittelbaren Teil (nur von Bedienung) die Spalte 60 Pfg. bet. 45 Pfg. / Nachsch. und Zersetzungsgrad 30 bis 30 Pfg. / Zielanweisung im unmittelbaren Teil jedes Zielanweisung aus. / Zielanweisung die 11 Uhr vermindert. / Zielanweisung das Ziel 600, für die Zielanweisung. / Bei der Zerschlagung der Anlagen an bestimmten Tagen und Nächten wird keine Gewähr geleistet. / Zielanweisung 25%, Maßstab ohne Maßstab. / Die Zielanweisung und Zielanweisung haben nur bei Zielanweisung 30 Tagen Gültigkeit; länger Ziel, gerichtliche Entscheidung, gemeinsame Anlagen verbleiben bedingten die Zerschlagung der Zielanweisung. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder schriftlich als Zielanweisung Zielanweisung vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zielanweisung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Auslieferungstag an, Widerspruch erhebt.

aber sorgfältige Angriffsvorbereitung und die Tapferkeit unserer Angreifer wukten jedweder Gegenwirkung Herr zu werden.

Vorgestern früh fielen der Monte Sadelecks und der Monte Tondarecar, am Mittag der Monte Meletta. Gegen Abend brach vor unsern umfassenden Sturmen der italienische Widerstand auf der Meletta zusammen. Die von Valsagna heranziehenden Verstärkungen des Gegners wurden durch östlich der Brenta stehende Batterien in der Flanke gefaßt. In den gestrigen Morgenstunden verlor nach erbittertem Ringen der Feind den Monte Somo und die Rückhaltstellung bei Foga, um 2 Uhr nachmittags streckte, seit 24 Stunden völlig eingeschlossen, die italienische Besatzung auf dem Monte Castelgomberto die Waffen. Alles Gelände nördlich der Frenzia-Schlucht ist in unserer Hand. Noch großen blutigen Opfern hielten die Italiener an diesen und Tagen über 11000 Mann an Gefangenen und über 60 Geschütze ein. Unsere Verluste sind gering.

Selbständigkeit Estlands.

Belagerung der estländischen Soldaten.

Der estländische Landtag beschloß, daß die höchste Macht jetzt in seinen Händen liegt. Er erteilt einen Aufruf an alle estländischen Soldaten, worin er die erste Lage des Landes schildert und die Soldaten auffordert, sofort in die Heimat zurückzukehren und sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig hat der Landtag die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung beschlossen, die über die Bildung eines selbständigen Staates Estland Beschluß fassen soll.

Der deutsche Gegenstoß.

Englands Niederlage bei Cambrai.

Der größte Sieg während des Krieges, so haben die englischen Zeitungen den Erfolg der Truppen bei Cambrai in den letzten Novembertagen genannt, und daran die Behauptung geknüpft, es sei der englischen Heeresleitung ein Durchbruch der deutschen Front und ein erfolgversprechendes



Aufschneiden der deutschen Siegfriedstellung geglückt. Und heute? Die englische Heeresleitung wird natürlich von den blutigen Verlusten schweigen, die sie zwangen, die Offensive gegen Cambrai einzustellen, um die Front völlig zu verkehren, sie wird auch verschweigen, daß sie 9000 Gefangene einbüßte und vieles Material verlor. Aber sie wird die Niederlage nicht in einen Sieg umfassen können. Das englische Volk aber, das in den letzten Tagen gezeit hat, daß es nachdenklich zu werden beginnt, wird sicher keinen Mut aus dieser Offensive schöpfen, die so viel versprechend begann und nun so lässlich endet.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Ein Reuterbericht aus Deutsch-Ostafrika berichtet über die letzten Kämpfe gegen die Streitmacht Hauptmann Tafels. Er schildert, wie die englisch-belgische Übermacht die Deutschen zum Rückzug gegen die portugiesische Grenze zwang. Von dort her bedrohten ihn neue Kräfte, so daß Tafel sich in der Nähe von Kewala von allen Seiten bedrängt sah. „Knapp an Nahrungsmitteln“, so heißt es in dem Bericht, wandte er sich nach Osten in der Erwartung, Lettow-Vorbeck zu treffen; wir jedoch wandten alle Vorsorge an, beide auseinanderzuhalten. Unrirt, ausgehungert und außerstande, Verbindung mit Lettow-Vorbeck

zu bekommen, ergab sich Lafel. Unsere ganze Streitmacht kam sich nun an die Umgrenzung von Lettow-Vorbes machen. — Der Feldherr unserer Afrikaner erfuhr hier von feindlicher Seite eine Darstellung, die ihn in trübendsten Pöchte zeigt.

Amerikas Kriegsziele.

Der Kauf Holländisch-Westindiens.

Vor etwa zwei Jahren erschien das Buch des — auch in seiner Heimat ziemlich unbekannt — amerikanischen Diplomaten Shirrel, das dem Washingtoner Departement empfahl, den Europäern alle amerikanischen Kolonien abzukaufen. Darin laschte man über den „naiven Glauben der Amerikaner an die Macht des Goldes“. Inzwischen hat Amerika mit dem Ankauf von Nördlich-Westindien den Anfang mit der Verwirklichung des Shirrelschen Planes gemacht. Jetzt soll Holländisch-Westindien folgen. Es handelt sich dabei um die (der Nordküste Venezuelas vorgelagerte) Insel Surinam und um Niederländisch-Guyana (Surinam). Und wie in Dänemark, wo man mit Gewalt drohte, so läßt man es jetzt auch in Holland nicht an sanftem Druck fehlen. Denn es heißt doch drohen, wenn die Sicherheit von Holländisch-Indien für den Fall gewährleistet wird, daß Holländisch-Westindien verkauft wird. Damit wird auch klar, weshalb Amerika den Krieg um jeden Preis verlängern will und die europäische Friedenssehnsucht fruchtet. Es will in den Wirren des Krieges seine allamerikanischen Pläne verwirklichen.

Eine seltsame Note.

Der Geschäftssträger der Vereinigten Staaten in Bern hat dem Schweizerischen politischen Departement eine Note seiner Regierung übergeben, die den Bundesrat benachrichtigt, daß die Vereinigten Staaten die Neutralität der Schweiz anerkennen und in vollständiger Übereinstimmung mit der Haltung der Alliierten erklären, daß die Vereinigten Staaten die Neutralität der Schweiz und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes so lange achten, als die Eidgenossen ihre Neutralität aufrechterhalten und sie vom Feinde geachtet wird.

Der Aufmarsch der Amerikaner.

Die vorstehende Note erhält ihre Erklärung durch eine Meldung aus Madrid, wonach in Südfrankreich zwischen Spanien und Dog Truppenlager für 25 000 Amerikaner und in Pau Truppenlager für 60 000 Amerikaner errichtet worden sind. Auch zwischen Bayonne und Saint Jean de Luz soll ein Lager für eine neue amerikanische Truppenabteilung vorbereitet worden sein.

Kleine Annotierte.

Wien, 6. Dez. Kaiser Karl hat sich heute früh an die Südweltfront begeben.

Genf, 6. Dez. Auf der Pariser Konferenz hat Japan eine Bedrohung Rußlands, wie auch eine ausschlaggebende Beteiligung an europäischen Kriegshandlungen abgelehnt. Die Kriegsziele der Entente sind geändert worden und sollen demnächst veröffentlicht werden.

Osaka, 6. Dez. Nach dem „Daily Chronicle“ wurde der englische Panzerdampfer „Arava“ durch zwei Torpedos versenkt. 60 Fahrgäste und Mitglieder der Besatzung wurden gerettet. Circa 120 Fahrgäste sind gerettet worden.

Zugano, 6. Dez. Der frühere italienische Generalissimo stellt in Abrede, daß er verschiedene Regimenter gebrandmarkt hat, wie die rumänischen Blätter berichtet haben.

Die preussischen Wahlrechtskämpfe.

(2. Tag.) K. Berlin, 6. Dezember.

Die Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses haben durch ihre Redner „Erster Garnitur“ gesprochen und man kann sich bereits ein ziemlich klares Bild machen von ihrer Haltung der Regierungsvorlage gegenüber. Diese ist — das sei vorweggenommen — für die Gesamtvorlage der Regierung nicht günstig. Namentlich ist für das gleiche Wahlrecht wenig Stimmung bei den ausschlaggebenden Parteien vorhanden. Die Deutschkonservativen sind einmütig dagegen, die Freikonservativen erheben Widerspruch, Zentrum- und nationalliberale Partei sind geteilt. Nur Fortschrittler und Sozialdemokraten sind für die Regierungsvorlage als Mindestforderung. Doch wolle man aus dieser Haltung noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Am Ende geht die Vorlage doch noch aus dem Festsitz der Kommissionsberatung geläutert und schlackenlos hervor.

Um die Scholle.

Ein Roman von Richard Wenz.

Am ersten Passionssonntag hielt ein Geistlicher aus Kaiserswerth in der alten Kirche eine Fastpredigt. Er sprach über die Nachfolge Christi und schilderte dabei mit eindringlichen Worten das Leben und Wirken der Diakonissen, die aus der Kaiserswerther Anstalt hervorgingen und eine segensreiche Tätigkeit in den Rheinlanden entfalteten.

Der Ruf eines machtvollen Redners war dem Prediger vorausgegangen, und so hatte sich das Gotteshaus bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch Elise war unter den andächtigen Zuhörern, und nie hatte sie sich von einer Predigt so tief ergriffen gefühlt, wie von dieser.

Wie Samenkörner im Schoß fruchtbarer Ackererde, so hatten die Worte des Mannes mit dem gütigen Prophetenamtlich in ihrem Herzen einen empfänglichen Boden gefunden. Die Lebenszeit Christi erschien ihr vorbildlich für das eigene Leben, und der Weg, den ihr der Geistliche wies, würde sie aus aller Herzenswirnis zu einem beglückenden Frieden führen.

Sitzungsbericht.

So ward uns Abend und Morgen der zweite Tag. Der Saal ist wieder gut gefüllt, die Tribünen überreichlich besetzt, aber der Andrang ist nicht so stark wie am ersten Tag. Ein starkes Juridiktum ist auf den Ministerbänken zu spüren. Die Staatsminister sind nicht mehr vollständig anwesend. Der Ministerpräsident Graf Hertling ist nicht erschienen und läßt sich durch seinen Stellvertreter Herrn Dr. Friedberg vertreten, der auf dem ersten Platz sitzt. Neben ihm hat er den Minister des Innern V. Drews. Sonst ist nur noch der Finanzminister zur Stelle.

Gegenläge zwischen den Nationalliberalen.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Rohmann, der neue Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion nach dem Ausscheiden des Dr. Friedberg, ist der erste Redner aus dem Hause. Herrn Dr. Rohmann wurde der Sprung auf den ersten Platz dadurch erleichtert, weil auch Herr Schiller durch seine Ernennung zum Unterstaatssekretär gegenwärtig der Landtagsfraktion nicht angehört. Aber Herr Rohmann selbst Führereigenschaften und seine Ausführungen hatten von Anfang an das Interesse. Das galt allerdings zum guten Teil seiner Partei, deren Stellung geradezu ausschlaggebend für das schließliche Schicksal der ganzen Vorlage werden dürfte. Herr Rohmann gab nicht des Rätsels Lösung über die Stellungnahme der nationalliberalen Partei, aber er gab einen Schlüssel dazu und da ist zu sagen, daß vorläufig die Nationalliberalen für das große Reformwerk noch nicht gewonnen sind. Die Ausführungen des Redners liehen den Gegensatz, der zwischen der Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion und dem überwiegenden Teil der Landtagsfraktion scharf erkennen. Einige Mitglieder sind für das gleiche Wahlrecht, aber auch sie wollten eine Sicherung, damit das gebildete und besitzende Bürgertum nicht von den Massen ekräftet werde. Die große Mehrheit hat

Schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht.

Es wird also alles von den Ausführenerungen abhängen. Im übrigen bemühte sich der Redner, objektiv und loyal an die Vorlage heranzugehen. Er bekannte, daß mit der Einbringung allein das Reformwerk nicht eingelöst ist, sondern erst mit der Durchführung. Er bekannte auch, daß für jeden monarchisch gesinnten Mann eine starke Verpflichtung für das Zustandekommen der Vorlage gegeben ist. Andererseits betonte er, daß die Pflicht und das Recht der Nachprüfung durch den Abgeordneten noch höher stehe als der Respekt vor dem König. Hier fehlte starker Wille der Rechte ein und die Rechte begleitete auch die weiteren Ausführungen des Redners mit demonstrativem Beifall, als er die Entstehungsgeschichte der Vorlage besprach, den Unterschied zwischen der Österreichischen und der preussischen Vorlage und namentlich die Verhältnisse als das Hauptprodukt Bethmann Hollwegs, des in seiner Stellung schwer erschütterten Reichskanzlers hinstellte. Die Rede las sich erst wieder etwas entschlackt, als Herr Rohmann wieder einen Unterschied zwischen Herrn v. Bethmann Hollweg und der jetzigen Regierung machte und die Besorgnisse der jetzigen Regierung durchwegs loyal nannte. Im letzten Teil der einständigen Rede begründete der nationalliberale Führer die Bedenken seiner Freunde näher und deutete Abnung und Verslängungsmöglichkeiten an. Das gleiche Wahlrecht für die Gemeinden ist unbedingte Folge der jetzigen Vorlage ist das Hauptbedenken, das Proportionalwahlrecht und die Einführung der Wahlpflicht werden im Hinblick in die Debatte gemorien werden. Auch Herr Rohmann trat wegen des inneren Zusammenhangs aller drei Vorlagen für die Vertagung im nächsten Ausschuss ein. Verschleppungsabsichten bestritt er entschieden.

Nun nahm der unabhängige Sozialdemokrat Stroebel das Wort. Das Wort leet sich beträchtlich. Der Redner mündete sich nicht nur gegen die Rede des Abg. v. Denderbrand und Rohmann, sondern auch gegen die Regierung, die in ihrer Vorlage das Versprechen des gleichen Wahlrechts, wie schon die Nichtabänderung der bisherigen Wahlkreise beweist, nicht erfüllt habe. Er trat für das Wahlrecht der Frauen ein und wandte sich in den stärksten Ausdrücken gegen das Fortbestehen des Herrenhauses, das in die Kammerkammer gehöre. Wie ein roter Faden zog sich der Gedanke durch die Rede, daß die Wahlvorlage im Juli wegen der damaligen ungünstigen Lage versprochen worden sei, aber jetzt, wo die Lage besser sei, nicht erfüllt werden würde. Der Redner sprach schließlich in großer Erregung und beschwor die Regierung, angesichts des russischen Friedensangebots die Hand der Verständigung zu ergreifen und dem deutschen Volk weisheitsvolle politische Freiheit zu gewähren und mit den politischen Unterdrückungsmitteln wie den Verfassungsverboten ein Ende zu machen.

Ebe der Präsident das Wort weiter erteilt, gibt er dem Hause von dem soeben eingelassenen Verzeichnisses mit den in Frankreich und Italien erzielten Erfolgen Kenntnis. Das Haus hörte die Berlesung des Verichts stehend an und klatschte Beifall.

Bizeministerpräsident Dr. Friedberg

griff nun zum ersten Male als Minister in die Auseinandersetzung ein. Seine Rede wurde das Ereignis des Tages. Er wandte sich zuerst gegen den Abg. Stroebel. Er verwies ihm das Hineinziehen der Vorgänge in Rußland in die Debatte und betonte nochmals, daß wir uns nicht in innerministerliche

Angelegenheiten mischen, das gleiche aber auch von Rußland verlangen müssen. Dann kam der Minister auf die Rede des Abg. v. Denderbrand zurück und sagte, daß der Gedanke des gleichen Wahlrechts nicht absolut konservativen Grundtönen widerpreche. Die Konservativen treten ein für Autorität und religiöse Gesinnung, beides Dinge, die im Volke feste Wurzeln haben. Da ist doch die Reifdammung gegeben, daß auch ein Konservativer sagt, ich würde mich lieber auf die weiten Kreise, die für Autorität und Religion sind, als auf alle Privilegien. Keinen Zweifel ließ Minister Friedberg darüber, daß

das Verbrechen der Krone erst eingelöst sei, wenn die Vorlage Gesetz geworden ist.

Den Gemissenskonflikt anerkannte Dr. Friedberg, aber bei der gegebenen Sachlage sei die Lösung nicht allzu schwer. Sehr wirksam äußerte er sich gegen das Muralwahlrecht. Das erhöhte Wahlrecht an den größeren Besitz zu knüpfen, ist heute nach den Kriegserfahrungen nicht mehr möglich. Das sei der Stempunkt, daß bei der hauptsächlichsten Beweggrund, der die Krone und die Regierung bewegen hat, das gleiche Wahlrecht vorgeschlagen. Der Krieger, der durch den Krieg sein Vermögen verloren hat, darf kein vermindertes, der Kriegsgevannter kein höheres Wahlrecht erhalten. (Ausdrückender Beifall links.) Die Krone hat also recht gehabt mit ihrer Vorkauf. Das Haus sollte die Krone unterstützen und ihr die Einführung nicht so schwer machen. Der jetzige Zeitpunkt der Einbringung und die radikale Form seien die Folgen des früheren Widerstandes der Konservativen gegen die Reform. Herr v. Denderbrand protestierte in heftigen Umschweifungen. Minister Friedberg hielt seine Rede abwartend aufrecht. In der Bemerkung des Herrn v. Denderbrand über den Parlamentarismus, den der Minister des Innern in seiner Verlesung zur Seite habe, ließ der Minister eine Neuerung des genannten Parlamentarismus, Denderbrand's zum Nutzen des parlamentarischen Systems. Noch einmal wiederholte Dr. Friedberg, daß die Regierung am gleichen Wahlrecht unerschütterlich festhalte und in dieser Beziehung nicht mit Rücksichten losse. Er hob hervor, daß die Regierung vor einer Aufzählung nicht zurücktreten werde.

Bei dem ausgenommenen Kampf fürchte er nichts für die Krone, die nur im Herzen des Volkes fester verankert werden würde, aber für die bürgerlichen Parteien. Er hoffe aber, daß das Werk zum guten Abschluß gebracht werden wird. Bei der langen Zeit, die die Beratung noch dauern wird, werden die Wahlkreise den nötigen Druck ausüben und die Einsicht in die nationalen Notwendigkeiten wachsen. Gerade im Interesse, eine völlige Stabilisierung zu vermeiden sei es nötig, jetzt den von der Krone empfohlenen Schritt zu machen. Der Minister erriet auf der linken Seite des Hauses stürmischen Beifall.

Abg. Frhr. v. Sedlitz (Freison) folgte in seinen Ausführungen etwa der Rede des nationalliberalen Abg. Rohmann und wies darauf hin, daß der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eine ähnliche Reform in den Gemeinden folgen müsse. Die Demokratisierung Preußens müsse verbleibt werden. Der Notwendigkeit einer Wahlreform könne durch ein Muralwahlrecht Rechnung getragen werden.

Politische Rundschau.

Deutschtes Reich. + Die Stimmen zur preussischen Wahlreform. Sie sich gegen das gleiche Wahlrecht erklären, mehren sich. So veröffentlichten der Bund der Landwirte, der Reichsbauische Mittelstandsbund, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und der Zentralverband deutscher Industrieller eine Rundgebung, in der es heißt: Es muß verlangt werden, daß von der Neuordnung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus nicht nur die Wertung und Freiheit des einzelnen Staatsbürgers, sondern auch die Wertung und Freiheit der einzelnen Wirtschaftlichen und Berufsklassen, entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gewahrt werden. — Auch der Gesamtverband des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz veröffentlicht eine dem Sinn nach gleiche Erklärung.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Dez. Zur Beforderung mit dem Reichskanzler sind Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Erster Generalquartiermeister General Ludendorff hier eingetroffen.

Osaka, 6. Dez. Die englischen liberalen Führer erklärten sich in einer Verammlung im Unterhause mit dem Vertriebe Lansdownes einverstanden. Es sei nötig, daß die Alliierten ihre Bedingungen für eine Beendigung des Krieges klar zum Ausdruck bringen.

Wien, 6. Dez. Die polnischen Delegierten nahmen heute eine Entscheidung an, in der betont wird, daß den Verlusten der Tschechen, Südslaven und Ukrainer die Friedensverhandlungen zu fördern, energisch entgegenzutreten werden müsse.

Wien, 6. Dez. Nach dem Bericht an die Delegation betragen die österreichisch-ungarischen Kriegskosten bis zum Juli 1917 43 Milliarden Kronen.

„Elischen? — Das ist mir aber ein prächtiger Sonntagabend.“

Sie reichte ihm die Hand und steuerte sogleich auf ihr Anliegen zu. Doch hatte sie noch nicht ausgesprochen, da schüttelte er seinen weißhaarigen Kopf und sagte: „So lang ich leb, darf mir so was nicht passieren. Dafür bist Du mir viel zu schade. Das schönste Bauernmädchen, was ich in meinem Leben gesehen hab, und das will von daheim fort und ins Kloster gehen? — Elischen, denk mal, was dazu Dein Vater selig gesagt hätte.“

„Ich weiß aber keinen anderen Ausweg mehr, Herr Vorfeser, und dieser war mir noch einer, wo ich ein Glück drauf finden könnt.“

„Und der Eulenhof? Um den sich Dein Vater selig Zeit seines Lebens die Sorgen gemacht hat?“

„Der Jakob war ja drauf.“

„Du weißt, was in dem Testament steht. Nur für den Fall, daß Du nicht mehr da wärst, soll der Jakob wissen, wie es um ihn steht. Und was mit Dir und dem Heinrich werden soll, das weißt Du auch.“

„Ich kann aber keine Frau nicht werden.“

„Das sagst Du für den Augenblick. Laß mal die Zeit alles geheilt haben, dann sagst Du anders, und dann hat der Hof seine schönste Ordnung.“

„Wenn nun die beiden tauschen täten? Wenn der Jakob auf dem Hof blieb und der Heinrich sich die Acker auf dem Brückstüd nahm? Dann ist ja ein Eichholz auf dem Hof.“

„Das ist gegen das Testament, und dazu hat keiner'n Recht. Ich am allerwenigsten, weil ichs zu verantworten hab. Und was täten erst die Leute sagen? Darin haben wir doch auch an Deinen Vater selig zu denken.“

Dich drauf. Das dürfen wir aber dem Toten um alle Welt nit antun.“

Elise stand langsam auf und sagte seufzend: „Dann wär es damit also auch nichts.“

„Über der Aste sprach ihr Mut zu und meinte: „Es blüht Dir was viel Schöneres, Mädchen. Wart nur mal!“

„Wenn ich nur wüßte, wie ich die Sache mit Jakob ins Reine bringen könnt. Ich geh ihm nun schon monatelang aus dem Weg, und er zerdenkt sich vielleicht den Kopf, was ich gegen ihn hätt.“

„Sollst sehen, der spitzt auf die Emilie. Wie Du fort warst, in Betrich, da ist er sogar auf der Musik mit ihr gewesen.“

„Das weiß ich, und ich weiß auch, daß er heute nicht mehr an sie denkt. Noch gestern sagte er mir, wie gut es wär, wenn mal das Trauerjahr vorbei wär. Wie hat es mich da gebrannt, daß ichs ihm sagte, und ich darf es doch nicht.“

„Wenn das Trauerjahr vorüber ist, dann heiratst Du den Heinrich, und das andere kommt dann alles von selber in sein Gleis.“

„Über sie schüttelte den Kopf; sie konnte es nicht glauben. Mit einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Leere schleppte sie sich den Berg hinan und fand eine Erleichterung in dem Gedanken, daß morgen eine neue Woche der Arbeit beginne.“

Die Märzstürme brausten durchs Land, ein holdseliger Frühling kam, der Sommer ließ seine bunten Farbenbänder wehen, und den Wintern des Tals lachte ein goldener Segen.

(Fortsetzung folgt.)

Großes Hauptquartier, 6. Dezember. (Wib. Anst.) Eingegangen nachmittags 8 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Das im Oberbogen zeitweilig stärkere Feuer dehnte sich nach Süden bis zur 29. aus.

Auf dem Südufer der Scarpe war der Artilleriekampf am Abend gesteigert.

Zwischen Craimecourt und Marcoing führten kleinere Unternehmungen zur Verbesserung unserer Stellung. Das Schiffe La Justice wurde erstickt, Marcoing vom Feinde gesäubert.

Nördlich von La Bacquerie behaupteten wir unsere Stellungen in erbitterten Kämpfen gegen englische Handgranatenangriffe. Vorübergehend eindringender Feind wurde im Gegenstoß zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf beiden Maasufere war die Feuerartigkeit am Nachmittag lebhaft.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Rheinische Landwehr brachte von Mähren Vorstoß in

die französischen Gräben im Walde von Apremont 80 Gefangene ein.

Leutnant Müller errang seinen 86. Luftflug.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Besonderes.

Mazedonische Front:

Geringe Beschäftigung.

Italienische Front:

In Ausübung ihrer Erfolge haben die Truppen des Feldmarschalls Konrad den Monte Siesmol erstickt.

Die Zahl der in den Sieben Gemeinden gemachten Gefangenen hat sich auf 15 000 erhöht.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Berlin. (Amtlich) Vertreter der vier verbündeten Mächte und die zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Delegation hielten gestern vormittag und nachmittag Kommissionsitzungen ab, in denen die Redaktionen der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollversammlungen abgeschlossen wurden.

Neueste Meldungen.

Die Franzosen über Cambrai.

Brux., 6. Dez. Die deutschen Angriffe auf Cambrai werden von der französischen Presse als Operationen von beträchtlicher Bedeutung gemeldet. Die Lage ist zeitweise kritisch gewesen. Südlich des Angriffsraumes hätten die Deutschen im Ansturm mehrere Kilometer durchstoßen und wären bis zur Zone der englischen Batterien durchgedrungen. Einige Blätter heben hervor, daß hinter den englischen Linien amerikanische Soldaten als Pioniere beschäftigt waren, die beim Gegenangriff mitwirkten und erhebliche Verluste erlitten.

Die deutsche Kraft der Deutschen.

Rotterdam, 6. Dez. Neuws van den Dag" erklärt die Bedeutung der deutschen Offensive bei Cambrai in der unermesslichen deutschen Kraft der deutschen Armee, die mit verhältnismäßig schwachen Kräften der ganzen englischen Armee troste. Die große Zahl der Gefangenen sei für die Engländer eine bittere moralische Niederlage, und neue Überraschungen seien nicht unmöglich. (Sie sind inzwischen schon eingetreten.)

Amerika gegen Österreich.

Rotterdam, 6. Dez. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Senats änderte seine Entscheidung über die Kriegserklärung dahin ab (die ursprünglich an sämtliche Verbündete Deutschlands lautete), daß nur gegen Österreich-Ungarn der Kriegszustand eintreten soll. Der Ausschuss befürwortete den Antrag, so daß die sofortige Annahme als sicher gilt.

Amerikanische Truppen für Italien.

Brux., 6. Dez. Wilson erklärte in einem Gespräch mit einem Kongreßmitglied, daß er die Kriegserklärung gegen Österreich-Ungarn hauptsächlich deshalb empfohlen habe, weil es notwendig werden könnte, amerikanische Truppen nach Italien zu schicken.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

13 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Berlin, 6. Dezember. (tu. Amtlich.) Im Epergebiet um England wurden durch unsere U-Boote neuerdings 13 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, von denen einer schwer beladen war, sowie das englische Fischereifahrzeug „Premier“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Rückberufung der russischen Truppen in Frankreich.

Genf, 7. November. (tu.) Das „Petit Journal“ meldet, Trojki habe die noch in Frankreich stehenden Truppen zurückberufen. Der Befehl der maximalistischen Truppen verlangt den Uebertritt der Truppen auf neutralen Boden.

Frankreichs Angst vor dem russischen Staatsbankrott.

Haag, 7. Dezember. (tu.) Wie der Berichtserkatter der „Täglichen Rundschau“ erfährt, war einer der wichtigsten Punkte, über die die letzte Pariser Konferenz der Verbündeten verhandelte, die Gefahr des Staatsbankrotts Rußlands. Namentlich von französischer Seite sollen gegen die jegliche Politik Rußlands sehr heftige Angriffe gerichtet worden sein. Zusammen mit der Bürgerschaft, die Frankreich für die von Rußland eingegangenen anderweitigen Verbindlichkeiten übernommen hat, würde Frankreichs Einbuße bei einem russischen Staatsbankrott 26 Milliarden Franken betragen. Das ist etwa der 10. Teil des gesamten französischen Nationalvermögens vor dem Kriege. Nach diesen Mitteilungen von französischer Seite versuchten die amerikanischen Vertreter, die Franzosen zu beruhigen. U. a. stellten sie Frankreich erneut eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar in Aussicht. Zum Schluß einigte man sich auf Vorschlag der amerikanischen Vertreter dahin, Rußland gegenüber keine herausfordernde Politik zu betreiben und keine anmaßende Sprache zu führen, um nicht den Staatsbankrott zu beschleunigen.

Die päpstlichen Friedensbemühungen.

Kopenhagen, 7. Dezember (tu.) Der Primas der katholischen Kirche Dänemarks, Bischof von Esch, erklärte, daß ein neuer Friedensvorschlag des Papstes in den nächsten 14 Tagen bevorstehe. Er werde diesmal von der Entente keinesfalls überhört werden können.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer. Sitzung am 5. Dezember. Zur allgemeinen Vorberatung steht der Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918/19 und die Aufnahme einer staatlichen Anteilnahme für dieses Unternehmen. Finanzminister von Seydewitz legt den Haushaltsplan vor, der ein erfreuliches Spiegelbild der fortschreitenden Entwicklung des neuen staatlichen Unternehmens gebe. Für die Erweiterung des Elektrizitätswerkes Hirschfeld und den Bau der für die Elektrizitätsversorgung des Landes notwendigen Uebertragungsanlagen sind 20 Millionen Mark eingestellt, ferner 10 Millionen Mark als zweiter und letzter Teilbetrag für den Erwerb der Elbtalzentrale Birna. Abg. Gleisberg (natl.) bemängelt die Einkstellungen. Man habe von Anfang an darauf gerechnet, daß den Verbrauchern ein möglichst billiger Preis für den elektrischen Strom berechnet werden würde. Man rechnete damals mit 2-3 Pfennige die Kilowattstunde. Heute berechne der Staat bereits 5,7 Pfennig. Das gebe der Sache ein höchst unerfreuliches Ansehen. Redner bemängelt schließlich den zu hohen Erwerbspreis der Elbtalzentrale Birna und beantragt schließlich die Verweisung des Dekrets an die Finanzdeputation B. — Abg. Günther (Fortchr. Sp.) meint ebenfalls, daß der Erwerbspreis der Elbtalzentrale ein zu hoher sei. Es sei ein ganz unrentables Werk. Das Finanzministerium könne nicht vorsichtig genug mit der Festlegung staatlicher Mittel für solche Unternehmungen sein. — Abg. Nische (Soz.): Es komme nicht darauf an, welche Erträge ein solches Werk früher ergeben habe, sondern darauf, daß das Werk technisch den Forderungen entspreche, um die Aufgabe zu erfüllen, ein wichtiges Reservewerk bei der staatlichen Elektrizitätsversorgung zu sein. Seine Partei sei bereit, alles zu bewilligen, was notwendig sei, das staatliche Elektrizitätsunternehmen zu fördern. — Abg. Dr. Schanz (kons.) steht dem Anlauf der Elbtalzentrale nicht besonders freundlich gegenüber. Man habe dem Staate nicht den Weg ebnen wollen für ein Elektrizitätsmonopol. Ein Teil seiner Freunde nehmen auch Bedenken gegen die Höhe des Preises für die Elbtalzentrale. — Abg. Dr. Böhme (kons.) erwiderte gegenüber dem Vordrucker, daß der Preis eher zu niedrig, als zu hoch sei. — Endlich weist Ministerialdirektor Dr. Just die Bedenken der Abgeordneten zurück. Darauf wird das Dekret antragsgemäß an die Finanzdeputation B zur Weiterberatung überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag, mittags 12 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 7. Dezember.

Werkblatt für den 8. Dezember.

Sonnenaufgang	7 ⁵⁰	Mondaufgang	12 ¹⁰
Sonnenuntergang	5 ³⁴	Monduntergang	12 ¹²

Die Beschwerden aus Industrie, Handels- und Verbraucherkreisen über die auf den deutschen Eisenbahnen getroffenen Verkehrsbeschränkungen für Stückgut werden vielfach den zwingenden Gründen nicht gerecht, die die Eisenbahnen zur Anordnung solcher Maßregeln veranlassen haben. Die Ansprüche, die an den Wagenpark der Eisenbahnen, besonders an die für Stückgut hauptsächlich in Frage kommenden bedeckten Wagen, gestellt wurden und noch gestellt werden, sind in diesem Herbst in ungewöhnlichem Umfang gewachsen. Abgesehen von den Anforderungen der Heeresverwaltung, die sich mit der Ausdehnung des Kriegsgebietes und dem Verbrauch an Kriegsmaterial immer mehr gesteigert haben, müssen die bedeckten Wagen in weitestem Umfang für die Lebensmittelversorgung verwendet werden, insbesondere für die Winterkartoffeln, für Getreide, Mehl, Obst und Gemüse, ferner aber auch für den Versand von Futtermittel- und Düngemitteln. Diese Güter sind jetzt meist in größeren Mengen und auf weitere Entfernungen auf den Eisenbahnen zu befördern, als im Frieden. Die Beschränkungen des Stückgutverkehrs sind jedoch schon erheblich dadurch gemildert worden, daß die Lüste der von der Annahmesperre ausgenommenen Güter nach und nach wesentlich erweitert worden ist. Ferner sind die Beschränkungen bei den Sächsischen Staatsbahnen die Eisenbahnbetriebsdirektionen ermächtigt worden, unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke in der Bewilligung von Ausnahmen möglichst entgegenkommend zu verfahren. Dies soll in erster Linie geschehen bei Waren, die für die Volkswirtschaft & B. besonders wichtig sind, bei Gegenständen des täglichen Bedarfs, Textilwaren, Kurzwaren, Steingut, Porzellan usw., ferner bei Weihnachtsgütern (Spielwaren,

Christbaumschmuck, üblichen Geschenke usw.) in dem Umfang, daß das Weihnachtsgeschäft erledigt werden kann. Sobald es die Wagengestellungsverhältnisse mit dem Nachlassen der dringenden Lebensmittelforderungen gestatten, ist beabsichtigt, die Stückgutverkehrsbeschränkungen weiter zu mildern und wenn möglich, noch im Laufe dieses Monats ganz zu beseitigen.

(M. J.) In einer neuerlichen Verfügung an die Kommunalverbände und den Viehhandelsverband sind seitens der Landesfleischstelle auf Grund der tatsächlich erzielten durchschnittlichen Schlachtgewichte neue Anrechnungssätze für Ersatzlieferungen vorgeschrieben worden, und zwar wird künftig ein Rind = 5 Kälbern = 4 Schweinen über 50 kg Lebendgewicht = 8 Schafen gerechnet. In der Verfügung ist auch der Grundsatze klar herausgestellt worden, daß Ersatzlieferungen erst dann in Frage kommen können, wenn die einzelnen Viehmengen voll gedeckt werden können, daß also nur solche Tiere ersatzweise geliefert werden können, die nicht bereits zur Erfüllung einer Umlage ihrerseits in Anspruch genommen werden. Es können also beispielsweise anstelle eines Kindes nur solche Schweine abgegeben werden, die dem betreffenden Besitzer nach Erfüllung der Schweineumlage noch zur Verfügung stehen.

— Was gibt der sächsische Staat für Orden aus?

Diese Frage war kürzlich in Zeitungen aufgeworfen worden und auf Grund der Anschläge zum Staatshaushaltsplane 1918/19 bzw. 1918/19 dahin beantwortet worden, daß die jährliche Ausgabe 88 000 Mark betrage. Das ist vollständig irrig. Der Krieg hat bedeutend erhöhte Ausgaben gefordert. Schon im Jahre 1914 betrug der Aufwand für Orden 98 355 Mark; im Jahre 1915 stieg er auf 271 756 Mk. und im Jahre 1916 sogar auf 332 398 Mk. Das Jahr 1917 wird den letzteren Betrag, der sich auf das neunfache der Friedensausgabe stellt, sicherlich wieder erreichen. Im Frieden hat der sächsische Staat allerdings mit 88 000 Mark für Orden gereicht, hin und wieder sogar etwas weniger aufgewendet. Jetzt ist das aber ganz etwas anderes. Das zu erhöhen ist wohl nicht nötig. Jeder nicht von Voreingenommenheit Geblendete wird das ohne weiteres einsehen und billigen.

— Eine Bekannmachung des Kriegsministeriums in Dresden besagt, daß die Firma E. G. Meyer in Chemnitz nicht mehr als beauftragter Sortierbetrieb von Lumpen und Stoffabfällen für die Zwecke des Heeres- oder Marinebedarfs zugelassen ist.

— Verkleinerung der Fleischkarte. Im Interesse der Papierersparnis hat das Kriegsministerium angeordnet, daß vom 24. Dezember 1917 ab die Fleischkarten in einer wesentlich kleineren Größe als bisher zur Ausgabe gelangen. Das Mittelstück wird auf die Größe 4,6 mal 4,6 Zentimeter, die einzelne Karte auf 1,5 mal 1,5 Zentimeter beschränkt. Die Karte wird entsprechend verkleinert. Die hierdurch ersparte Papiermenge beträgt bei Annahme einer Ausgabe von vierzig Millionen Karten in vier Wochen 4,4 Millionen Quadratmeter und im Jahre 57,2 Millionen Quadratmeter Papier. Im übrigen ist an der Karteneinrichtung, insbesondere dem Mittelstück, das zu verschiedenen Zwecken, insbesondere Namensbeitrag, Eintrag des liefernden Fleischers, der Nummer der Kundenliste und dergleichen, gebraucht wird, festgehalten worden. Schon früher hergestellte Karten nach der bisherigen Größe dürfen noch aufgebraucht werden. Eine Verkleinerung der Reichsreiseprotokolle in ähnlichem Sinne ist im Gange.

— Meißner. Ein rodelnder fünfjähriger Knabe fuhr heute mit seinem Schlitten geradewegs in die Elbe und wurde von der starken Strömung ein Stück abgetrieben. Er konnte glücklicherweise noch rechtzeitig von einem Sägewerksangestellten gerettet werden.

— Dresden. Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwoch früh auf dem Dammweg in Dresden-Neustadt zugetragen. Dort wurde der Armierungssoldat Ritter beim Marsch von Krämpfen befallen und von seinen Kameraden auf einen Handwagen geladen und fortgebracht. Die Pferde eines dicht hinter dem Transport herkommenden Geschirres wurden plötzlich unruhig, rissen den Handwagen um und gingen über den kranken Mann hinweg. Der Ueberfahrene erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er alsbald starb.

— Dresden. Ein hiesiger Gastwirt wandte sich an Hindenburg mit der Bitte, sein Anwesen „Restaurant zum Hindenburg“ nennen zu dürfen. Die Antwort lautete kurz und bündig und sehr treffend: „Ich gebe meinen Namen nur, wenn Sie aus Ihrem „Restaurant“ ein „Gasthaus“ machen! Denn wir sind Deutsche und keine Franzosen!“

— Dresden. Der Landtag wird am Donnerstag den 13. Dezember in die Weihnachtssferien gehen.

— Zwickau. Den Tod durch Verbrennen fand hier ein 6-jähriges Mädchen, das sich in einem unbewachten Augenblick an der Feuerung des Küchenherdes der elterlichen Wohnung beschäftigt hatte.

Kirchennachrichten

für den 2. Advent

Wilsdruff.

Vorm. 1/2 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Text: Röm. 15, 4-18.

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Reffelsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigt. P. Zacharias.

Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Abends 7 Uhr Weihnachtssfeier des Frauenvereins.

Sora.

Vorm. 6 Uhr Hauptgottesdienst mit Missionsstunde und Sammlung für die Mission.

Limbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Nachm. 1/2 2 Uhr öffentl. Beichte und heil. Abendmahl. Pf. Große.

Blankenstein.

Vorm. 1/2 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Vorm. 1/2 11 Uhr hochl. Unterredung.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schanze in Wilsdruff.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Schanze, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Durch **Verordnung** des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über den **Ausdruck** und die **Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten** vom 24. November 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 1082) ist folgendes bestimmt worden:

§ 1.
Die Besitzer von Vorräten, die gemäß § 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) beschlagnahmt sind, haben die Vorräte bis zum 28. Februar 1918 einschließlich auszudreschen und, jeweils im unmittelbaren Anschluß an den Ausdruck, spätestens bis zum gleichen Zeitpunkt abzuliefern, soweit sie nicht gemäß § 4 zurückbehalten werden dürfen. Als Besitzer im Sinne dieser Verordnung gilt auch der mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betraute Inhaber des Gewahrsams.

Die Landeszentralbehörden haben, soweit es die Umstände gestatten, die Beendigung des Ausdresches und der Ablieferung bis zu einem früheren Zeitpunkt anzuordnen.

§ 5, § 21 Abs. 2 der Reichsgetreideordnung finden Anwendung.

§ 2.
Die nach den Verordnungen über Höchstpreise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 12. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 619) und über Höchstpreise für Hülsenfrüchte vom 27. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 975) und über Höchstpreise für Getreide vom 24. Juli 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 653) für den Verkauf durch den Erzeuger geltenden Höchstpreise mit Ausnahme der Höchstpreise für Saatgut ermäßigen sich vom 1. März 1918 ab um je 100 Mark für die Tonne.

Die Vorschrift im Abs. 1 findet keine Anwendung, soweit die rechtzeitige Ablieferung ohne Verschulden des Besitzers unterblieben ist. Ueber Streitigkeiten entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde steht der Reichsgetreidekasse die Beschwerde an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes zu.

§ 3.
Unmittelbar nach Beendigung des Ausdresches findet eine Feststellung sämtlicher beschlagnahmter Vorräte durch zu diesem Zwecke in den Kommunalverbänden zu bildende Ausschüsse statt. Die Feststellung muß spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Fristen im § 1 Absatz 1, 2 beendet sein.

§ 4.
Auf Grund der Feststellung und in unmittelbarem Anschluß an sie werden die Vorräte zugunsten des Kommunalverbandes, in dessen Bezirk sie sich befinden, in Anspruch genommen. Von der Inanspruchnahme bleiben ausgeschlossen die Mengen, die der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs nach den bestehenden Vorschriften verwenden darf

- a) zur Ernährung der Selbstversorger,
- b) zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes,
- c) zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke.

Außerdem bleiben von der Inanspruchnahme ausgeschlossen das anerkannte Saatgut und sonstiges Saatgut, soweit der Unternehmer zur Veräußerung dieses Saatguts berechtigt ist (§ 8, § 10 Abs. 2, § 12 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1917 zu Saatwecken vom 12. Juli 1917 in der Fassung der Verordnungen vom 25. September und 27. Oktober 1917 — Reichs-Gesetzbl. S. 609, 863, 975 —) sowie die von der Reichsgetreidekasse zur Verarbeitung aus der eigenen Ernte des Unternehmers freigegebenen Getreidemengen.

§ 5.
Die nach § 4 in Anspruch genommenen Vorräte gehen mit der Aussonderung durch den Ausschuss in das Eigentum des Kommunalverbandes über, in dessen Bezirk sie sich befinden. Der Besitzer ist verpflichtet, die Vorräte bis zur Uebernahme zu verwahren und pfleglich zu behandeln.

§ 6.
Vorräte, die verheimlicht oder verschwiegen werden, sind gemäß § 70 der Reichsgetreideordnung ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallene zu erklären.

§ 7.
Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Von den Vorschriften in § 1 kann auch die Reichsgetreidekasse (Verwaltungsabteilung) Ausnahmen zulassen.

§ 8.
Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer der ihm nach § 5 obliegenden Verpflichtung zur Verwahrung und pfleglichen Behandlung zuwiderhandelt.

§ 9.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Berlin, am 24. November 1917.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
von Waldow.

Auf Grund von § 1 Absatz 2 dieser Verordnung wird bestimmt:
Der Ausdruck und die Ablieferung der in § 1 Absatz 1 genannten Früchte ist spätestens bis zum 15. Januar 1918 zu beenden.

Die Kommunalverbände können diese Frist für ihren Bezirk verlängern, wenn die Beendigung des Ausdresches und der Ablieferung bis zum 15. Januar 1918 auf unüberwindliche Schwierigkeit stößt. Soll die Frist über den 31. Januar 1918 hinaus verlängert werden, so ist hierzu die Genehmigung des Ministeriums des Innern einzuholen.

Die Besitzer von Vorräten, die der Verpflichtung zum Ausdreschen und zur Ablieferung nicht rechtzeitig nachkommen, haben Zwangsmassnahmen zu gewärtigen.

Die nach § 3 obiger Verordnung angeordnete Feststellung der beschlagnahmten Vorräte muß spätestens am 28. Januar 1918, in den Fällen, wo der Kommunalverband die Frist zum Ausdruck und zur Ablieferung verlängert hat, spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Frist beendet sein. Die Ausschüsse für die Feststellung der beschlagnahmten Vorräte sind in ähnlicher Weise zu bilden wie bei den Erntevorschätzungen im Jahre 1917 (Anweisung für die Amtshauptmannschaften und Stadträte vom 28. Juni 1917), unter Berücksichtigung jedoch der für die Zusammensetzung der Ausschüsse mit Verordnung vom 24. Januar 1917, Nr. 130 II B I a, hervorgehobenen Gesichtspunkte.

Dresden, am 8. Dezember 1917.

1975 II B I b.

Ministerium des Innern.

Baumwollene Verbandstoffe betreffend.

Gemäß § 5 Absatz 1 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über baumwollene Verbandstoffe vom 1. Dezember 1917 (Nr. 282 der Sächsischen Staatszeitung vom 5. Dezember 1917) werden in Sachsen die Bescheinigungen für den beruflichen Bedarf von Hebammen, Heilgehilfen, Gemeindefürsorgern, Zahnärzten, Zahnärztinnen usw. an baumwollenen Verbandstoffen von den Bezirksärzten gebührenfrei erteilt.

Die Bezirksärzte, wie die staatlich angestellten Prüfungsbeamten der Apotheken werden auch die genaue Befolgung der Vorschriften der oben angeführten Bekanntmachung überwachen.

Bei der außerordentlichen Knappheit an baumwollenen Verbandstoffen wird erachtet die äußerste Sparsamkeit mit allen Verbandstoffen zur Pflicht gemacht: gebrauchte Verbandstoffe sind möglichst oft wieder zu benutzen, soweit dies nach der Verordnung, die Abgabe, den Erwerb und die Wiederverwendung gebrauchter Verbandstoffe betreffend vom 22. September 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 157) zulässig ist, im übrigen aber sind möglichst Papiergarnweben, Krepp-Papierbinden und Zellstoffwatte zu verwenden.

Dresden, am 8. Dezember 1917.

28 d IV A I

Ministerium des Innern.

Wegen Reinigung sämtlicher Geschäftsräume bleiben dieselben

Dienstag den 11. und Mittwoch den 12. d. M.

geschlossen. Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen von 11 bis 12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 6. Dezember 1917.

Der Stadtrat.

Hühnerfutter steht uns zur Verfügung. Anträge auf Zuteilung sind bis zum 10. Dezember in der Kriegswirtschaftsabteilung zu stellen.

Wilsdruff, am 7. Dezember 1917.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Fleischverkauf.

Sonnabend den 8. Dezember 1917 von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr gegen Vorlegung und Abkempfung der Fleischbezugscheine an alle Inhaber in den auf den vorgelegten Bezugscheinen festgesetzten Mengen.

Auf Nr. 324—1385 und 1—102, ausgenommen die A-Karten, kann die doppelte Menge gegeben werden.

Wilsdruff, am 7. Dezember 1917.

Der Vorsteher des Fleischversorgungsbezirks.

Jeder Inhaber eines grünen Warenbezugscheines Nr. 27 hat Anspruch auf 100 Gramm Dörrmischgemüse für 45 Pfg.

Wer von seinem Bezugsrechte Gebrauch machen will, hat den grünen Warenbezugschein Nr. 27 vom 8.—11. Dezember in einem einschlägigen Geschäft anzuzeigen und abzugeben. — Die Verkaufsstellen haben die Bezugscheine am 12. Dezember bis vormittags 11 Uhr einzuliefern.

Wilsdruff, am 7. Dezember 1917.

Der Lebensmittelvorsteher.

Inseraten-Teil.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Sonntag den 9. Dezember abends 8 Uhr

„Wink des Schicksals!“

Drama in zwei Akten.

Nachmittags 3 Uhr: Kindervorstellung.



Von Sonnabend den 8. ds. Mts. ab stelle ich wieder einen großen Transport (42 Stück) **Ostfries. Milchvieh**

hochtragend und frischmelkend, zu soliden Preisen bei mir zum Verkauf.

Zu diesem Vieh zahlt der Sächsische Viehhandels-Verband eine **Ankaufsbeihilfe von 20 Prozent.**
Hainsberg. E. Kästner.

Güterbahnhofstraße 2. Fernsprecher: Amt Deuben 296.

Evang.-nat. Arbeiterverein.

Sonntag den 9. Dezbr. abends 1/2 8 Uhr

im „Adler“

Familien-Abend und **Auszahlung der Spargelder.**

Der Vorstand.

Kleine Anzeigen aller Art finden in dem Wilsdruffer Tageblatt große zweckentsprechende Verbreitung und haben gute Wirkung.

2 starke, gutgebaute ostfriesische

Bullen-Kälber, guter Abstammung, verkauft

Rittergut Braunsdorf.

Muster

in Seide, Wolle u. Samt sind eingetroffen.

E. Dersch, Hohestr. 184 V.

Mehrere Mägde, Mittelmägde, Pferdejungen, Osterjungen, Ostermädchen

können Stellung erhalten durch den **Arbeits-Nachweis des Landeskulturrats, Dresdenstr. 94, Fernspr. 484.**

Mädchen sucht Stellung als Hausmädchen

Näheres zu erf. bei Reinhard Deseu, Wilsdruff, Weisnerstr. 265 b.

Gute Anklüh

gesucht. Angeb. unter 616 an das „Wilsdr. Tgbl.“ erb.

Drucksachen all. Art liefert sauber und preiswert die Buchdruckerei d. Bf.

6. Kriegs-Anleihe betr.

Die Wertpapiere der 6. Kriegs-anleihe — **sämtliche Stücke** — können gegen Vorlegung des Empfangsbekanntnisses an unserer Geschäftsstelle — Rathaus — in der Rassenzeit von 8—12 und 2—4 Uhr, Sonnabends von 8—2 Uhr, in Empfang genommen werden.

Städt. Sparkasse Wilsdruff.

Ostern 1918.

Schriftseher-Lehrling kann eintreten in der „Deubener Zeitung“, Deuben, Marktstraße 3.

Siegen — wollen wir! Sparen — müssen wir! Spart an dem, was Ihr sonst vergebend habt, an Papier!